

Immer wieder stützen die Atombefürworter ihre Forderung auf Verlängerung der AKW-Laufzeiten mit dem Argument, die Atomenergie sei günstig. Verschwiegen werden aber die unvorstellbar hohen Subventionen, die in die Atomkraft geflossen sind. Zudem ist es eine Tatsache, dass die Energiepreise auch in Ländern mit einem hohen Anteil an Atomenergie nicht geringer ausfallen.

Atomenergie kostet den Steuerzahler Milliarden

Ohne staatliche Förderung keine Atomenergie

- Die Atomindustrie wurde staatlich aufgebaut und konnte nur durch Milliarden-Subventionen entstehen. Zudem wurde sie mit günstigen Krediten versorgt.
- Die Stromkonzerne waren zunächst nicht an der Atomenergie interessiert und ließen sich den Einstieg in die neue Technologie vom Steuerzahler bezahlen.
- Die Atomenergie wurde je nach Schätzung mit 45 bis 80 Mrd. € Steuergeld gefördert.
- Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sind von 1956 bis 2007 preisbereinigt rund 40 Mrd. € als Bundesförderung in die Forschung und Entwicklung der Atomenergie geflossen. Hinzu kommen Ausgaben der Bundesländer und EU.
- Während für die kerntechnische Forschung und Entwicklung von 1974 bis 2007 allein der Bund preisbereinigt 24 Mrd. € ausgegeben hat, wurde die Forschung für Erneuerbare Energien und rationelle Energieverwendung in dem Zeitraum nur mit 6 Mrd. € gefördert.
- Bund und Länder haben 2006 für die Atomenergie zusammengekommen 900 Mio. € aufgebracht. Für die Erneuerbaren Energien wurden 2006 nur 360 Mio. € aufgewandt.
- Der öffentliche Finanzierungsanteil an gescheiterten Projekten liegt bei ca. 9 Mrd. €. Bsp.:
 - Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf (Aufgabe im Bau 1988): 1,6 Mrd. €
 - Thorium-Hochtemperaturreaktor (THTR-300) von Hamm-Uentrop: ca. 2 Mrd. € (Bundesanteil: 1,28 Mrd. €). Hinzu kommen ca. 425 Mio. € für die Stilllegung/Einschluss.
 - Schneller Natriumgekühlter Reaktor SNR-300 („Schneller Brüter“) von Kalkar: Die Errichtung des nach 19 Baujahren aufgegebenen Brüters kostete 3,6 Mrd. € (Bund: 2,5 Mrd. €), das 25-fache der ursprünglich veranschlagten Summe. Rechnet man die Entwicklungskosten hinzu, verdoppeln sich die Kosten nahezu.

Begünstigungen durch Nichtbesteuerung und geringe Haftung

- Nichtbesteuerung von Kernbrennstoffen: 1,63 Mrd. € weniger Einnahmen im Jahr 2005, wenn man eine Besteuerung von 1 Cent/kWh ansetzt.
- Nichtbesteuerung von Rückstellungen:
 - Dieses Steuerprivileg beläuft sich laut DIW auf mindestens 175 Mio. € im Jahr. Bei einer durchschnittlichen Laufzeit von 32 Jahren ergibt das 5,6 Mrd. €.
 - Die beliebig verwendbaren steuerfreien Rückstellungen in Höhe von mittlerweile rund 30 Mrd. € stellen ein jahrzehntelanges zinsloses Darlehen für die AKW-Betreiber dar und verstärken den Konzentrationsprozess in der Stromwirtschaft, welcher u. a. ein Grund für die enormen Strompreissteigerungen ist.
 - Es ist nicht auszuschließen, dass das zurückgestellte Geld durch Kurs- oder Konkursrisiken zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme nicht mehr zur Verfügung steht und gegebenenfalls die öffentliche Hand die Kosten für Rückbau und Endlagerung tragen muss.

- Durch die gesetzlich festgelegte niedrige Deckungsvorsorge der AKW-Betreiber pro Schadensfall (nicht pro Reaktor!) von 2,5 Mrd. € werden diese von den wirklichen Haftungsrisiken quasi freigestellt. Da die Summe weniger als 0,1% der im Falle eines Super-GAU wahrscheinlichen Schäden abdeckt, liegt das Risiko beim Steuerzahler. Eine alle Kosten abdeckende Haftpflicht würde zur Unwirtschaftlichkeit kommerzieller AKW führen.

Folgekosten der Atomenergie für die öffentliche Hand

- Die öffentliche Hand bleibt auf einem großen Teil der nicht abschätzbaren Folgekosten der Atomenergie sitzen. Typisches Beispiel hierfür ist die Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK): In den Verträgen zur Stilllegung der WAK wurden 1991 die dafür notwendigen Kosten auf 1,9 Mrd. DM geschätzt. Die Atomindustrie verpflichtete sich, davon 1 Mrd. DM zu übernehmen. Die restlichen Kosten sind von Bund und Land zu tragen. Da die Industrie ihren Beitrag als Festbetrag leistete, muss der Steuerzahler alle Kostensteigerungen alleine tragen. Diese Mehrkosten belaufen sich bisher auf ca. 930 Mio. €.
- Castortransporte: Die deutsche Atomwirtschaft wird nicht an den Einsatzkosten der Polizei oder anderer Hilfsorganisationen beteiligt. Allein dem Land Niedersachsen sind durch die Transporte laut Landesrechnungshof zwischen 1996 und 2004 Kosten von 218 Mio. € entstanden. Insgesamt erwarten den Steuerzahler Kosten in Milliardenhöhe.
- Endlager:
 - Endlagerforschung des BMBF und des BMWi: 608 Mio. € (von 1973 bis 2005).
 - „Schacht Konrad“: ca. 1,8 Mrd. € bis zur Inbetriebnahme (öffentliche Hand: 33,6%).
 - Gorleben: Von 1977 bis 2007 1,5 Mrd. € (öffentliche Hand: 11,25%).

Hinterlassenschaften der DDR

- Sanierung der Wismut-Uranabbaugebiete in Sachsen und Thüringen: 6,6 Mrd. €
- Stilllegung Endlager Morsleben: ca. 1,2 Mrd. €
- Rückbau AKW Greifswald: ca. 3,2 Mrd. € / AKW Rheinsberg: voraussichtlich 420 Mio. €

Kosten durch internationale Verpflichtungen und Vorfälle

- Deutscher IAEO-Mitgliedsbeitrag 2007: 27,6 Mio. €
- Deutsche Ausgaben für nukleare Energieforschung der EU 2005: knapp 10 Mio. €
- Kosten für Bund und Länder nach Super-GAU von Tschernobyl:
 - Sanierung der Stahl- und Betonummantelung um den Reaktorblock: bisher 127 Mio. €
 - Hilfe für heimische Landwirtschaft wegen unmittelbarer Folgen des Unfalls: 300 Mio. €

Die Bürger profitieren nicht vom „günstigen“ Atomstrom

- In Baden-Württemberg, dem Bundesland mit dem höchsten Atomstromanteil (ca. 55%), liegt der Strompreis über dem Bundesdurchschnitt.
- Obwohl Deutschlands größter AKW-Betreiber e.on 2007 einen Überschuss von 5,1 Mrd. € erzielt hat, erhöhte das Unternehmen die Strompreise zum 1.1.2008 um bis zu 10%.

Fazit: Der Steuerzahler unterstützt die Atomenergie mit einer zweistelligen Milliardensumme. Von den günstigen Erzeugungskosten profitieren aber nur die Energieunternehmen, nicht die Bürger. Während das Auslaufmodell Atomenergie selbst von Befürwortern, u. a. aus CDU und FDP, nur als eine Übergangstechnologie angesehen wird, lohnen sich dagegen Investitionen in Zukunftstechnologien wie die Erneuerbaren Energien viel mehr, weil mit ihnen jahrhundertlang Energie gewonnen werden kann und die Erzeugungskosten immer günstiger werden.